

Cottbus 14 10 2022

Umsetzung  
der Empfehlungen  
aus der zurückliegenden  
Evaluation des **Zentrums**  
**für Geoinformationswesen**  
**der Bundeswehr**  
**(ZGeoBw)**, Euskirchen

## **IMPRESSUM**

Umsetzung der Empfehlungen aus der zurückliegenden Evaluation des Zentrums für Geoinformationswesen der Bundeswehr (ZGeoBw), Euskirchen

### **Herausgeber**

Wissenschaftsrat  
Scheidtweilerstraße 4  
50933 Köln  
[www.wissenschaftsrat.de](http://www.wissenschaftsrat.de)  
[post@wissenschaftsrat.de](mailto:post@wissenschaftsrat.de)

**Drucksachenummer:** 9974-22

**DOI:** <https://doi.org/10.57674/3bkb-1521>

**Lizenzhinweis:** Diese Publikation wird unter der Lizenz Namensnennung – Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 International (CC BY-SA 4.0) veröffentlicht. Den vollständigen Lizenztext finden Sie unter <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/legalcode.de>.



### **Veröffentlicht**

Köln, Oktober 2022

## **INHALT**

---

<b>Vorbemerkung</b>	<b>5</b>
<b>A. Zusammenfassung der Empfehlungen des Wissenschaftsrats</b>	<b>6</b>
<b>B. Zusammenfassung des Umsetzungsberichts</b>	<b>9</b>
<b>C. Stellungnahme</b>	<b>16</b>
<b>Abkürzungsverzeichnis</b>	<b>19</b>
<b>Mitwirkende</b>	<b>21</b>



---

# Vorbemerkung

In der im Januar 2019 verabschiedeten Stellungnahme des Wissenschaftsrats zum Zentrum für Geoinformationswesen der Bundeswehr (ZGeoBw), Euskirchen), wurde das Bundesministerium der Verteidigung (BMVg), in dessen Geschäftsbereich das ZGeoBw liegt, gebeten, dem Wissenschaftsrat nach Ablauf von drei Jahren über die Umsetzung der Empfehlungen zu berichten. Dieser Bitte hat das BMVg entsprochen.

Der Evaluationsausschuss des Wissenschaftsrats hat auf der Grundlage dieses Umsetzungsberichts am 22. Juni 2022 eine Stellungnahme erarbeitet, die der Wissenschaftsrat in seinen Sitzungen vom 12. bis 14. Oktober 2022 in Cottbus beraten und verabschiedet hat.

---

# A. Zusammenfassung der Empfehlungen des Wissenschaftsrats

Der Wissenschaftsrat hob in seiner Stellungnahme aus dem Jahr 2019 hervor, |<sup>1</sup> das ZGeoBw erfülle mit der Bereitstellung von Geoinformationsdaten und -produkten eine wichtige Aufgabe für das BMVg und die Bundeswehr, die insbesondere für die Planung und Durchführung von Auslandseinsätzen unverzichtbar sei. Das wissenschaftliche Personal des ZGeoBw sei kompetent und engagiert. In mehreren Dezernaten würden gute Forschungs- und Entwicklungsleistungen erbracht. Extramural vergebene Forschungsprojekte würden in der Regel kompetent begleitet. Zu begrüßen sei, dass das ZGeoBw über ein jährlich fortgeschriebenes Forschungs- und Entwicklungsprogramm verfüge und einen wissenschaftlichen Beirat eingerichtet habe.

## *Zu Forschung und Dienstleistungen*

Der Anteil eigener Forschung und vor allem der Anteil an Vorlaufforschung seien sehr gering. Gerade im Hinblick auf die Bedeutung der Beratungs- und Dienstleistungen des ZGeoBw für die Einsätze der Bundeswehr müsse der Anteil eigener Forschung dringend erhöht werden. Dies gelte insbesondere auch für den sehr geringen Anteil der Vorlaufforschung am gesamten Arbeitsaufkommen des ZGeoBw.

Die Rahmenbedingungen für Forschung und wissenschaftliche Arbeit seien schlecht. Das Zentrum könne dem Anspruch einer Ressortforschungseinrichtung nur eingeschränkt gerecht werden. Vor allem fehle auf unterschiedlichen Leitungsebenen die notwendige Wertschätzung für Forschungsleistungen. Infolgedessen seien in vielen Leistungsbereichen Mängel festzustellen. Der Wissenschaftsrat empfahl der Leitung des ZGeoBw nachdrücklich, auf diesen Gebieten gezielte Maßnahmen zur Verbesserung einzuleiten, z. B. durch Einführung eines Anreizsystems zur Unterstützung von Publikationsleistungen, Drittmittel-

|<sup>1</sup> Vgl. Wissenschaftsrat (2019): Stellungnahme zum Zentrum für Geoinformationswesen der Bundeswehr (GeoZBw), Euskirchen; Berlin. URL: <https://www.wissenschaftsrat.de/download/2019/7489-19.html>.

einwerbung und Teilnahme an wissenschaftlichen Veranstaltungen. Es müssten mehr Freiräume für Forschungsaktivitäten und wissenschaftlichen Austausch geschaffen werden. Das Forschungs- und Entwicklungsprogramm solle im Hinblick auf die begrenzten Personalkapazitäten des Zentrums durch Fokussierung auf ausgewählte Kernthemen gestrafft und konsistenter gestaltet werden und auch dezernatsübergreifende Projekte vorsehen. Das wissenschaftliche Personal des ZGeoBw solle regelmäßig in die Themenfindung einbezogen werden.

Die Ergebnisse der eigenen Forschungs- und Entwicklungsarbeit sollten in deutlich höherem Maße als bisher in wissenschaftlich relevanten Fachzeitschriften veröffentlicht werden. Dringend empfohlen wurden eine Beteiligung am Wettbewerb um Forschungsdrittmittel und die Öffnung zur zivilen Fachwelt durch Lehrtätigkeit an Hochschulen, die Betreuung von Promovierenden, die gemeinsame Bearbeitung von Forschungsprojekten mit zivilen Forschungseinrichtungen und ein Wissenschaftler austausch durch wechselseitige Gastaufenthalte. Entsprechend qualifiziertem wissenschaftlichem Personal des ZGeoBw solle die Gelegenheit zur Promotion gegeben werden.

Das Verfahren zur Auswahl der Auftragnehmenden extramuraler Forschung solle transparenter gestaltet und durch Einführung eines Qualitätssicherungsverfahrens abgesichert werden. Der Transfer in die zivile Praxis und die wissenschaftliche Fachwelt sei stark verbesserungsfähig.

Bei der Sammlung und Bereitstellung von Geodaten für die Bundeswehr solle das ZGeoBw stärker als bisher auf internationale Standardisierung und Harmonisierung achten. Das BMVg wurde gebeten zu prüfen, ob eine Freigabe von historischen Informationen und von Rohdaten für Forschungszwecke sowie eine kommerzielle Weitergabe nicht sicherheitsrelevanter Daten an die Fachwelt für wissenschaftliche Zwecke möglich sei.

Dem wissenschaftlichen Beirat des ZGeoBw sollten weitere Kompetenzen eingeräumt werden (Beratung bei der Themenfindung für das FuE-Programm, bei der Fokussierung auf Kernthemen sowie bei der Auswahl geeigneter wissenschaftlicher Kooperationspartner; Prüfung der wissenschaftlichen Arbeit der Dezernate; Beratung des ZGeoBw bei der Qualitätssicherung für das Verfahren der extramuralen Auftragsvergabe). Der Leitung des ZGeoBw wurde empfohlen, dem wissenschaftlichen Beirat regelmäßig Rückmeldung über die Umsetzung seiner Empfehlungen zu geben.

#### *Zu Organisation und Ausstattung*

Der Wissenschaftsrat stellte fest, verschiedene strukturelle Voraussetzungen in der Bundeswehr entsprächen nicht den Erfordernissen von Forschungseinrichtungen und behinderten deren Arbeit erheblich (z. B. die Zentralisierung der Mittelvergabe, Personaleinstellung und Beschaffung, die generelle Einschränkung des Zugangs zum Internet etc.). Der Wissenschaftsrat appellierte daher

8 nachdrücklich an das BMVg, die Notwendigkeit von Sonderregelungen für Forschungseinrichtungen im Bundeswehrbereich anzuerkennen und forschungsfreundlichere Lösungen zu schaffen.

Um Forschung und Entwicklung stärker im ZGeoBw zu etablieren, müsse wissenschaftliche Expertise auf Leitungsebene verankert werden, z. B. durch Anbindung an eine Hochschule (durch eine außerplanmäßige Professur o. ä.). Sollte dies nicht möglich sein, wurde dringend empfohlen, auf Leitungsebene die Funktion einer bzw. eines Forschungsbeauftragten anzusiedeln und die entsprechende Stelle mit einer promovierten Wissenschaftlerin bzw. einem promovierten Wissenschaftler mit Forschungserfahrung zu besetzen.

Dem BMVg wurde nachdrücklich eine Überarbeitung der rechtlichen Regelungen bezüglich der Rekrutierung von wissenschaftlichem Personal, der Vergabe von Haushaltsmitteln, des Prozesses für Beschaffungen von Geräten und Verbrauchsmaterialien sowie der Vertragsschließung mit externen Auftragnehmern empfohlen.

Der FuE-Bereich des Zentrums sei derzeit personell nicht hinreichend für die Bewältigung der Aufgaben aufgestellt, insbesondere auf dem Gebiet Politische Geographie bzw. Humangeographie sowie auf dem Gebiet des neuen Schwerpunkts *Big Data Analytics*. Dem BMVg wurde nachdrücklich empfohlen, für eine rasche Besetzung der vakanten Stellen zu sorgen und die beiden genannten Bereiche vordringlich zu berücksichtigen. Anschließend solle zeitnah geprüft werden, welcher weitere Personalbedarf im ZGeoBw besteht, und die erforderliche Anzahl an zusätzlichen Stellen zügig zu bewilligen. Ein weiterer Ausbau des Frauenanteils am wissenschaftlichen Personal sei wünschenswert.

Die Effizienz der im ZGeoBw benutzten Software und ggf. weitere Anschaffungen müssten gründlich überprüft werden, wobei die Interoperabilität zwischen den Systemen der Bundeswehr, des ZGeoBw und der NATO zu beachten sei. Im Hinblick auf die Digitalisierung und das Vorhaben des Zentrums, den neuen Schwerpunkt *Big Data Analytics* einzuführen, seien zudem ein weiterer Kapazitäts- und Kompetenzaufbau sowie Strategien für eine nachhaltige Absicherung dieser Kompetenzen erforderlich. Für den Schwerpunkt *Big Data Analytics* müsse unbedingt eine den Anforderungen entsprechende Server- und Software-Ausstattung beschafft werden.

Die Fachbibliothek des ZGeoBw müsse auch Online-Medien erwerben und einen Zugang zu relevanten wissenschaftlichen Datenbanken im Internet erhalten. Im gesamten ZGeoBw sollten die stark begrenzten Möglichkeiten zur Nutzung des Internets für wissenschaftliche Zwecke erweitert und ein offener Zugang zu Internetquellen, zu elektronischen Zeitschriften sowie zu Literatur- und Zitationsdatenbanken geschaffen werden, ggf. durch Einrichtung eines abgesicherten, von der Bundeswehr abgegrenzten IT-Bereichs.

---

## B. Zusammenfassung des Umsetzungsberichts

Das Bundesministerium der Verteidigung (BMVg) erklärt in seinem am 25. April 2022 vorgelegten Bericht zur Umsetzung der Empfehlungen des Wissenschaftsrats aus der zurückliegenden Evaluation des Zentrums für Geoinformationswesen der Bundeswehr, |<sup>2</sup> das ZGeoBw erbringe vorrangig Dienstleistungen auf dem Gebiet der Geoinformation zur Unterstützung und Beratung der Bundeswehr. Diese Aufgabe habe Priorität, da sie unmittelbare Auswirkung auf die Operationsplanung und -durchführung und damit auf die Sicherheit der Streitkräfte habe.

### *Zu Forschung und Dienstleistungen*

Im Berichtszeitraum sei versucht worden, den Anteil eigener Forschung des ZGeoBw weiter zu erhöhen. Insbesondere seien kurzfristige Forschungs- und Entwicklungsprojekte mit einer Laufzeit von wenigen Monaten bis zu einem Jahr durchgeführt worden. Vorlaufforschung sei als Grundlage für die darauf aufbauenden Forschungs- und Entwicklungsstudien ein wichtiger Bestandteil, der auch in Zukunft Berücksichtigung finden werde. Die Qualität der Vorlaufforschung könne allerdings nur mit Hilfe der Schwerpunktsetzung auf ausgewählte, zukunftssträchtige Kernthemen und über bestehende Projektkooperationen auf einem Niveau gehalten werden, das mit dem anderer Ressortforschungseinrichtungen der Bundeswehr vergleichbar sei.

Die Kernthemen des ZGeoBw, die kurz vor der Begutachtung durch den Wissenschaftsrat auf Weisung des BMVg eingeführt worden waren, seien im Hinblick auf die verfügbaren Personalkapazitäten beibehalten worden. Zusätzlich seien regelmäßig Projektvorschläge des wissenschaftlichen Personals des ZGeoBw und des Geoinformationsdiensts der Bundeswehr sowie Anregungen des wissenschaftlichen Beirats berücksichtigt worden. Zahlreiche Fachprojekte seien auch auf den Bedarf der Truppe im Grundbetrieb und im Einsatz zurückzuführen.

|<sup>2</sup> Bericht BMVg CIT | 2 zur Umsetzung der Empfehlungen im Bewertungsbericht des Wissenschaftsrates für das Zentrum für Geoinformationswesen der Bundeswehr (ZGeoBw) vom 25. Januar 2019.

Darüber hinaus würden die Möglichkeiten innovativer Ansätze im Rahmen der Auftragserfüllung analysiert und ggf. deren Nutzungspotentiale erschlossen.

Die regelmäßig fortgeschriebene Planung der geowissenschaftlichen Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten werde derzeit angepasst. Zusätzlich zum FuE-Programm werde ab 2022 die zweisprachige (deutsch/englisch) Broschüre „Geowissenschaftliche Forschung in der Bundeswehr“ herausgegeben, die ausgewählte Fachprojekte vorstelle. Neben einer Printausgabe könne auch eine digitale Ausgabe bereitgestellt werden, die für die Gewinnung und Bindung von Kooperationspartnern sowohl im Rahmen der Forschungslandschaft als auch im institutionellen Rahmen (z. B. NATO oder EU) eingesetzt werden könne und auch für die Öffentlichkeitsarbeit und die Nachwuchsgewinnung verwendbar sei.

Die Publikationsleistungen der wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter seien in den letzten Jahren tendenziell gestiegen, die Qualität der Beiträge habe sich stark verbessert. |<sup>3</sup> Das ZGeoBw strebe weiterhin eine Steigerung der Anzahl der Publikationen an. Eigenständige wissenschaftliche Studien würden als „Geopolitische Information“ in der Broschüre „Geopolitik/Geographie“ herausgebracht, die nach der Evaluierung durch den Wissenschaftsrat auf Empfehlung des wissenschaftlichen Beirats sukzessive weiterentwickelt (redaktionelle Professionalisierung, neues Design) und durch Einrichtung eines Peer-Review-Verfahrens wissenschaftlich aufgewertet worden sei. Das Dezernat „Fachinformationsstelle/GeoInfo-Fachpublikationen“ zeichne hierbei für das Lektorat, die Mediengestaltung und die Öffentlichkeitsarbeit verantwortlich, die fachliche Begutachtung übernehme jeweils ein Mitglied des wissenschaftlichen Beirats des ZGeoBw. Zur Information einer breiten Öffentlichkeit über ausgewählte Themen nutze das ZGeoBw unter anderem den Jahresbericht Wehrwissenschaftliche Forschung des BMVg (Print und Internet).

Des Weiteren strebe das ZGeoBw eine verstärkte Teilnahme seiner wissenschaftlichen Beschäftigten an Fachveranstaltungen an. |<sup>4</sup> Die Reisemittelverwaltung des ZGeoBw sei geändert worden. Über die Reisemittel werde nunmehr auf Abteilungsebene im Rahmen eines vorab festgelegten Budgetanteils und der gültigen Regelungen eigenständig entschieden. Im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten biete das neue Verfahren mehr Gestaltungsspielräume.

Zur Verbesserung der internen Kommunikation auf wissenschaftlicher Ebene sei am ZGeoBw ein geowissenschaftliches Kolloquium initiiert worden, das unter Federführung der Abteilung V: Angewandte Geowissenschaften seit März

|<sup>3</sup> Im Berichtszeitraum seien 29 Fachartikel veröffentlicht worden, davon seien zwölf Veröffentlichungen einem Peer-Review unterzogen worden.

|<sup>4</sup> Das Personal des ZGeoBw habe im Berichtszeitraum an 53 wissenschaftlichen Veranstaltungen teilgenommen und dort z. T. Vorträge gehalten.

2019 laufe. In diesem Kolloquium des ZGeoBw stellten Fachbereiche ihre aktuellen Projekte vor. |<sup>5</sup> Zur Verbesserung der Vernetzung mit der zivilen Fachwelt sei im Februar 2019 ein internationales Geowissenschaftliches Symposium durchgeführt worden. |<sup>6</sup>

Die Umsetzung der Empfehlung an das ZGeoBw, sich in Kooperation mit anderen wissenschaftlichen Einrichtungen um wettbewerblich vergebene Forschungsdrittmittel zu bewerben, sei im Berichtszeitraum aufgrund der Vorgaben des übergeordneten Kommandos Cyber- und Informationsraum (CIR) nicht möglich gewesen. Der Kommandeur ZGeoBw habe daher entschieden, ab 2023 eine neue Arbeitsgliederung auf Grundlage der bisherigen personellen Ressourcen vorzunehmen. Beabsichtigt sei unter anderem, durch die organisatorische Verknüpfung der Anteile Lehre und Ausbildung mit dem wissenschaftlichen Bereich in einer gemeinsamen Abteilung einen „Campus GeoInfo“ zu schaffen. Im Rahmen dieser Arbeitsgliederung bestehe die feste Absicht, künftig eingeworbene Drittmittel möglichst in Dienstposten für eine Beauftragte bzw. einen Beauftragten Forschung (Hauptaufgabe Drittmitteleinwerbung) sowie für eine Beauftragte bzw. einen Beauftragten Lehre (Betreuung wissenschaftlicher Nachwuchs, Hochschullehre) zu reinvestieren.

Das ZGeoBw werde die bereits bestehende Beauftragung und Betreuung von wissenschaftlichen Abschlussarbeiten (Bachelor/Master) in den nächsten Jahren weiter ausbauen. |<sup>7</sup> In Zukunft solle sich der Lehrbeauftragte des ZGeoBw hauptamtlich diesen Fragestellungen widmen.

Über die vom Wissenschaftsrat empfohlene Beschäftigung und Betreuung von Doktorandinnen und Doktoranden am ZGeoBw sei im wissenschaftlichen Beirat intensiv diskutiert worden. Dabei seien sowohl verschiedene Möglichkeiten und Rahmenbedingungen der Promovierendenförderung im Geschäftsbereich des BMVg erörtert als auch Themenvorschläge für Promotionsarbeiten vorgestellt worden. Darüber hinaus habe der wissenschaftliche Beirat dem ZGeoBw mehrere Optionen zur verbesserten Vernetzung mit Universitäten präsentiert. Das ZGeoBw habe mit anderen Ressortforschungseinrichtungen im Bereich des BMVg Kontakt aufgenommen, um an deren Erfahrungen bei der Durchführung

|<sup>5</sup> Da die Veranstaltung pandemiebedingt nur bis zum Frühjahr 2020 durchgeführt werden konnte, sei im Jahr 2021 zudem eine technische Plattform (Wiki) als Ergänzung etabliert worden, die aber noch nicht die beabsichtigte Wirkung erzielt habe.

|<sup>6</sup> Das Geowissenschaftliche Symposium sei in Berlin unter dem Titel "S.M.A.R.T. GeoInfoSupport - Now and Tomorrow" in Kooperation mit bzw. unter Federführung der AFCEA Europe (Armed Forces Communications and Electronics Association) mit insgesamt 150 bis 200 internationalen Gästen aus Industrie, Politik, Militär und Wissenschaft durchgeführt worden.

|<sup>7</sup> Das ZGeoBw habe im Berichtszeitraum 18 Abschlussarbeiten mit verschiedenen wissenschaftlichen Themenschwerpunkten betreut, die z. B. im Rahmen von gemeinsamen Fachprojekten der Universitäten der Bundeswehr und der Führungsakademie der Bundeswehr erstellt worden seien. Dazu zählten zwei Dissertationen, eine Diplomarbeit, fünf Masterarbeiten, acht Bachelorarbeiten und zwei sonstige Arbeiten im Rahmen von Lehrgängen bzw. Seminaren.

von Promotionsverfahren unter den im Ressort gegebenen Randbedingungen zu partizipieren.

Die Leitung des ZGeoBw habe die Bedeutung der extramuralen Auftragsvergabe erkannt und erreicht, dass der Anteil am insgesamt zur Verfügung stehenden Titel in der Jahresprogrammverhandlung 2022 wieder signifikant erhöht worden sei.

Das ZGeoBw habe seine Mitwirkung in Fachgremien weiter ausbauen können. |<sup>8</sup> Im Rahmen der 2021 im Geoinformationsdienst der Bundeswehr gegründeten Koordinierungsgruppe „Weiterentwicklung & Forschung und Entwicklung“ unter Co-Leitung des Leiters der Abteilung V: Angewandte Geowissenschaften des ZGeoBw sei auch der wissenschaftliche Austausch zwischen dem Personal aller Dienststellen des Geoinformationsdienstes der Bundeswehr verbessert worden.

Zur Umsetzung der Empfehlung, eine Freigabe von historischen Daten und von Rohdaten für Forschungszwecke zu prüfen, habe das ZGeoBw eine Initiative zur kostenfreien Abgabe nicht sicherheitsrelevanter Geodaten zu wissenschaftlichen Zwecken auf den Weg gebracht. Der Änderungsvorschlag der entsprechenden Regelung sei dem BMVg vorgelegt worden, die ministerielle Billigung stehe noch aus.

Im Rahmen mehrerer Projektkooperationen mit nationalen und internationalen Partnern werde die stärkere Vernetzung mit der zivilen Fachwelt gezielt vorangetrieben. |<sup>9</sup>

Der wissenschaftliche Beirat habe im November 2019 beschlossen, sich künftig stärker mit den FuE-Tätigkeiten des ZGeoBw zu befassen. Er solle bereits in der Entstehungsphase von Projekten eingebunden werden und eine erste Bewertung von Forschungsvorhaben im Sinne einer Machbarkeitsanalyse durchführen, die durch eine fachliche Detailbesprechung in einer zweiten Phase ergänzt werden könne. Die Umsetzung dieser Maßnahmen sei in der mittelfristigen strategischen Planung des Geoinformationsdienstes der Bundeswehr bis 2030 festgelegt worden. In dieser werde festgelegt, dass der wissenschaftliche Beirat z. B. durch Beratung, Empfehlungen, Förderung von Kontakten und Vermittlung eine aktive Rolle übernehmen solle. Über den Fortschritt der Maßnahmen zur Verbesserung der Ressortforschung im ZGeoBw und zu den Aktivitäten des Beirats solle dem BMVg einmal jährlich berichtet werden.

|<sup>8</sup> Im Berichtszeitraum sei wissenschaftliches Personal des ZGeoBw in 23 nationalen und internationalen Fachgremien vertreten gewesen.

|<sup>9</sup> Als wichtige Kooperationspartner werden das Bundesamt für Kartographie und Geodäsie (BKG), der Deutsche Wetterdienst (DWD), das Zentrum für Digitalisierungs- und Technologieforschung der Bundeswehr (detc.bw, in Vorbereitung), die Universitäten der Bundeswehr in Hamburg und München, die Duale Hochschule Baden-Württemberg (DHBW), die Technische Universität München, Fraunhofer-Institute sowie das Deutsche Zentrum für Luft- und Raumfahrt (DLR, in Vorbereitung) genannt.

Die Position des Leiters der für die Ressortforschung zuständigen Abteilung V sei seit November 2020 mit einem diplomierten Meteorologen nachbesetzt worden. Die Funktion eines Forschungsbeauftragten sei (noch) nicht vorhanden, einzelne Aufgabenfelder im Bereich Forschung und Entwicklung (Zusammenarbeit mit dem wissenschaftlichen Beirat, Erstellung des FuE-Programms etc.) würden in Verantwortung von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern der Abteilung V bearbeitet.

Hinsichtlich der Personalgewinnung verweist das BMVg auf die rechtlichen Rahmenbedingungen im öffentlichen Dienst, die sich u. a. aus dem in Artikel 33 Abs. 2 Grundgesetz geforderten Maßstab der Auswahl nach Eignung, fachlicher Leistung und Befähigung ergeben. Diese Rahmenbedingungen erforderten bestimmte Prozessschritte, auf welche nicht verzichtet werden dürfe. Die Personalgewinnung sei kontinuierlich mit der Optimierung dieser Prozessschritte und des Gesamtprozesses befasst, die im konstruktiven Zusammenwirken zwischen ministeriellem und nachgeordnetem Bereich betrieben werde. Der empfohlenen Einführung einer wissenschaftsspezifischen Laufbahn neben den zivilen und militärischen Karrierelaufbahnen der Bundeswehr bedürfe es nicht. Voraussetzung für die Einstellung als Offizierin bzw. Offizier des Geoinformationsdienstes der Bundeswehr sei bereits ein abgeschlossenes Studium in einem geowissenschaftlichen Fachgebiet. Die Laufbahn der Offizierinnen und Offiziere sei eine wissenschaftsspezifische militärische Laufbahn. Die Beamtinnen und Beamten in der Verwendung des Geoinformationsdienstes der Bundeswehr gehörten grundsätzlich den Laufbahnen des gehobenen und höheren naturwissenschaftlichen Dienstes an, für den verwandte oder gleichwertige Vor- und Ausbildungen Voraussetzung seien. Einer Sonderlaufbahn für den Geoinformationsdienst der Bundeswehr bedürfe es nicht.

Zur Empfehlung des Wissenschaftsrats an das BMVg, dem ZGeoBw zusätzliche Stellen zu bewilligen, erklärt das BMVg, im Dezernat Geographie/Geopolitik seien Dienstposten für je eine bzw. einen *Subject Matters Expert* (SME) im Bereich kultur-, wirtschafts- und sozialgeographischer Aspekte, im Bereich politischer Geographie und im Bereich physische Geographie geschaffen worden. Mittelfristig sei ein weiterer Stellenaufwuchs wünschenswert, der es erlaube, diese Kompetenzen (insbesondere die des humangeographisch-sozialwissenschaftlichen Dienstpostens) auf mehrere Dienstposten zu verteilen und Reserven zu bilden.

Im Rahmen der Einstellungspolitik werde versucht, den Frauenanteil am ZGeoBw zu erhöhen. Bei drei Stellenbesetzungsverfahren habe man wissenschaftliche Mitarbeiterinnen gewinnen können.

Zur Empfehlung einer Änderung der Mittelverwaltung erklärt das BMVg, als Dienststellen der Bundeswehr unterlägen die Ressortforschungseinrichtungen des BMVg den einheitlichen Regelungen der Bundeshaushaltsordnung und des

jeweiligen Haushaltsgesetzes. Aus Bewirtschaftungsgründen seien die institutsrelevanten Ressourcen für alle Einrichtungen im Einzelplan 14 in den Kapiteln 1403 und 1413 veranschlagt. Für diese Kapitel würden die weitreichenden Flexibilisierungsregelungen nach § 5 des Haushaltsgesetzes gelten, die die gegenseitige Deckungsfähigkeit der in die Flexibilisierung einbezogenen Ausgaben und deren Übertragbarkeit in das nächste Haushaltsjahr umfassten. Ein eigener fester Forschungsetat für Dienststellen des BMVg mit Ressortforschungsaufgaben sei daher nicht erforderlich. Eine isolierte Veranschlagung der Haushaltsmittel für eine einzelne Dienststelle zur Schaffung eines eigenen Etats würde die derzeitige Flexibilität in der Bewirtschaftung und die damit verbundenen Spielräume für einen an den aktuellen Bedarfen und Prioritäten des Ressorts orientierten wirtschaftlichen und sparsamen Einsatz der Haushaltsmittel für den Einzelplan 14 im Vergleich zum Status quo einschränken. Erkennbare Vorteile wären hiermit nicht verbunden. Vielmehr wäre im Falle eines Mehrbedarfs der Dienststelle eine Verstärkung mit Haushaltsmitteln grundsätzlich nicht möglich. Umgekehrt könnten auch die von der Dienststelle nicht benötigten Mittel grundsätzlich nicht an anderer Stelle zur notwendigen Deckung von Mehrbedarfen des Ressorts genutzt werden.

Mit der vorhandenen Flexibilisierung der Haushalts- und Wirtschaftsführung sei ein einheitliches, auf die Belange der Bundeswehr optimiertes Bewirtschaftungssystem erreicht worden, mit dem für alle Dienststellen im Geschäftsbereich des BMVg bis auf Ortsebene Budgets gebildet werden können. Den Dienststellen eröffneten sich damit im Haushaltsvollzug umfangreiche Handlungsspielräume. Damit einher gehe eine gewollte Stärkung der Budgetverantwortung der Dienststellenleiter. Das Dienststellenbudget könne durch Einnahmen aus Dienstleistungen sowie speziell bei den Ressortforschungseinrichtungen durch die Übernahme von Drittmittelaufträgen erweitert werden. Damit sei – mit Ausnahme der Mittel für den Liegenschaftsbetrieb und den Personalausgaben – ein eigenverantwortliches Budget, das dem empfohlenen Forschungsetat entspreche, bereits de facto vorhanden. Dieses Budget unterliege der Jährlichkeit des Haushaltes aufgrund der erforderlichen parlamentarischen Legitimation.

Die aktuell geltenden Beschaffungsverfahren und -prozesse stellten keine Benachteiligung für die Forschungseinrichtung ZGeoBw dar.

Zur vom Wissenschaftsrat kritisierten langen Dauer für den Abschluss von Verträgen mit extramuralen Auftragnehmenden und der Empfehlung, das Verfahren transparenter zu gestalten, erklärt das BMVg, es habe für seinen Geschäftsbereich auf der Grundlage vielfältiger gesetzlicher und untergesetzlicher Vorgaben Rahmenbedingungen gesetzt, die sich in den erlassenen Vorschriften widerspiegeln und einer regelmäßigen Überprüfung unterlägen. Das Ausrüstungs- und Nutzungsmanagement der Bundeswehr, bestehend aus den Bedarfsdeckungsverfahren „Customer Product Management“, „Einkauf Bundeswehr“

und „Komplexe Dienstleistungen“, werde stetig weiterentwickelt und an neue Rahmenbedingungen angepasst. Gleiches gelte für den Leistungsprozess „Integrierte Planung“.

Das ZGeoBw habe die Zugangs- und Nutzungsmöglichkeiten der Online-Datenbank DeepDyve geprüft, die den Zugriff auf eine Vielzahl von wissenschaftlichen Journalen verschiedenster Wissenschaftsbereiche ermögliche, wenn auch Download und Druck der Artikel nur beschränkt möglich seien. Das ZGeoBw sei zu dem Ergebnis gekommen, dass DeepDyve eine wertvolle Ergänzung von wissenschaftlichen, qualitätsgeprüften Informationen sei und eine signifikante Reduktion des Rechercheaufwandes darstelle.

Der Fachinformationsstelle (FIS) des ZGeoBw stehe nach wie vor eine Lizenz zur Verfügung, die es ihr ermögliche, Recherchetätigkeiten in nicht zugänglichen Fachzeitschriften durchzuführen. Bei Bedarf können weitere Lizenzen angefordert werden.

Das gesamte Personal des ZGeoBw verfüge bereits seit 2013/14 über einen Internetzugang.

---

## C. Stellungnahme

Der Wissenschaftsrat begrüßt nachdrücklich, dass das ZGeoBw eine Erhöhung des Anteils eigener Forschung anstrebt und dabei auch die Vorlaufforschung berücksichtigen will. Die Einrichtung hat auf mehreren Gebieten vielversprechende Verbesserungen der Rahmenbedingungen für Forschung und Entwicklung vorgenommen. Insbesondere ist positiv hervorzuheben, dass der wissenschaftliche Beirat nunmehr stärker in die Planung von Forschungsvorhaben eingebunden wird und das ZGeoBw bei der Vernetzung mit Universitäten sowie der Qualitätssicherung seiner Publikationsleistungen unterstützen will.

Des Weiteren hält es der Wissenschaftsrat für eine gute Entscheidung, bei der Themenfindung regelmäßig Projektvorschläge des wissenschaftlichen Personals des ZGeoBw zu berücksichtigen. Es ist anzuerkennen, dass die Einrichtung eine qualitative Verbesserung der Publikationsleistungen anstrebt, die Zahl der Artikel in Fachzeitschriften bereits erhöhen konnte und das hauseigene Publikationsorgan „Geopolitik/Geographie“ durch Einführung eines Review-Verfahrens qualitativ weiterentwickelt hat. Sehr zu begrüßen ist, dass auch eine verstärkte Teilnahme der wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter an Fachveranstaltungen angestrebt wird und dass mit der flexibilisierten Vergabe von Reisemitteln eine wichtige Voraussetzung für die Erreichung dieses Ziels geschaffen wurde. Zu würdigen ist die neue Tendenz, die Forschung im ZGeoBw sowohl intern durch Einführung eines geowissenschaftlichen Kolloquiums als auch extern durch Vorstellung ausgewählter Fachprojekte in der neuen Broschüre „Geowissenschaftliche Forschung in der Bundeswehr“ stärker zu kommunizieren.

Der Wissenschaftsrat bedauert, dass es dem ZGeoBw in den letzten drei Jahren noch nicht möglich war, sich um Drittmittel zu bewerben. Ob die geplante Umstrukturierung der Einrichtung die Voraussetzungen für eine Einwerbung von wettbewerblich vergebenen Drittmitteln verbessern wird, bleibt abzuwarten. Dem BMVg und dem Kommando Cyber- und Informationsraum wird dazu geraten, bestehende Hindernisse für eine Bewerbung des ZGeoBw um Drittmittel abzubauen.

Positiv zu bewerten sind die Anregungen des wissenschaftlichen Beirats zur Beschäftigung und Betreuung von Promovierenden am ZGeoBw. Die Absicht der Einrichtung, sich mit anderen Ressortforschungseinrichtungen des BMVg über

deren diesbezügliche Erfahrungen auszutauschen, wird ausdrücklich unterstützt.

Dem ZGeoBw wird nachdrücklich empfohlen, die Vorschläge des wissenschaftlichen Beirats zur Verbesserung der Vernetzung mit zivilen Hochschulen zu berücksichtigen. Es ist anzuerkennen, dass die Einrichtung mit der Veranstaltung eines internationalen Geowissenschaftlichen Symposiums bereits einen ersten Schritt zur verstärkten Vernetzung mit der zivilen Fachwelt getan hat. Für die Vergabe von Forschungsaufträgen an extramurale Auftragnehmer ist es dem ZGeoBw erfreulicherweise gelungen, eine höhere Mittelsumme zur Verfügung gestellt zu bekommen, so dass auch hierdurch eine verstärkte Zusammenarbeit mit anderen Forschungseinrichtungen entstehen wird. Der Wissenschaftsrat bekräftigt des Weiteren seine Empfehlung, dem wissenschaftlichen Personal des ZGeoBw Gastaufenthalte an anderen Forschungseinrichtungen zu ermöglichen.

Das Vorhaben der Einrichtung, nicht sicherheitsrelevante Geodaten für wissenschaftliche Zwecke bereitstellen zu wollen, ist sehr zu unterstützen. Dem BMVg wird geraten, den vom ZGeoBw eingereichten Änderungsvorschlag für die entsprechende Regelung wohlwollend zu prüfen und möglichst anzunehmen.

Das Vorhaben des ZGeoBw, Dienstposten für eine Beauftragte bzw. einen Beauftragten für Forschung und für Lehre einzurichten, ist sinnvoll und kann weitere Verbesserungen auf diesen Gebieten ermöglichen. Die beiden Positionen sollten allerdings dauerhaft angelegt sein und nicht über die Einwerbung von Drittmitteln finanziert werden. Der Wissenschaftsrat hatte die Empfehlung, die Position einer bzw. eines Forschungsbeauftragten einzuführen, mit Blick auf eine stärkere Verankerung wissenschaftlicher Expertise auf der Leitungsebene gegeben; dies wäre bei einer befristeten Finanzierung durch Drittmittel nicht der Fall. Zudem wäre es unter dieser Voraussetzung wenig wahrscheinlich, eine Wissenschaftlerin bzw. einen Wissenschaftler mit Promotion und Erfahrung für diese Aufgabe zu gewinnen.

Die organisatorischen und rechtlichen Rahmenbedingungen werden vom Wissenschaftsrat nach wie vor als wenig forschungsförderlich eingeschätzt. Wissenschaftliche Einrichtungen mit Forschungs- und wissenschaftsbasierten Dienstleistungsaufgaben benötigen andere Rahmenbedingungen als Einrichtungen, die sich z. B. mit Verwaltungsaufgaben, Beschaffung, nicht wissenschaftsbasierten Dienstleistungen, technischer Wartung u. ä. befassen. Zivile außeruniversitäre Forschungseinrichtungen, darunter auch viele Ressortforschungseinrichtungen, verfügen in der Regel über Personalhoheit und eigene Budgets, die eine überjährige Planung zulassen. Bei anderen Bundesressorts hat sich die Erkenntnis durchgesetzt, dass die wissenschaftliche Arbeit ihrer Ressortforschungseinrichtungen sowohl finanzielle Sicherheit und personelle Kontinuität als auch Freiräume und Möglichkeiten zum flexiblen Mitteleinsatz erfordert. Ein solches Umdenken wäre auch im Geschäftsbereich des BMVg wünschenswert.

Zu würdigen ist, dass die personelle Ausstattung des FuE-Bereichs durch drei zusätzliche Dienstposten für das Dezernat Geographie/Geopolitik erweitert wurde, für das der Wissenschaftsrat insbesondere die Einstellung von Geographinnen und Geographen mit sozialwissenschaftlicher Ausrichtung (Politische Geographie, Humangeographie) empfohlen hatte. Zur Umsetzung der Empfehlung, für den neuen Bereich *Big Data Analytics* dringend Personal mit entsprechender Expertise einzustellen und das bereits vorhandene Personal entsprechend weiter zu qualifizieren, äußert sich das BMVg im Umsetzungsbericht nicht. Es gibt auch nicht an, ob die vakanten Dienstposten inzwischen besetzt sind und ob eine Prüfung des darüber hinaus bestehenden Stellenbedarfs am ZGeoBw stattgefunden hat. Der Wissenschaftsrat bekräftigt diese Empfehlungen.

Zu begrüßen ist, dass der Frauenanteil am wissenschaftlichen Personal durch Einstellung von drei neuen wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen erhöht werden konnte.

Es ist positiv zu bewerten, dass das ZGeoBw die Eignung einer Online-Datenbank für seine wissenschaftliche Arbeit geprüft und für gut befunden hat. Dies ist ein erster Schritt. Das wissenschaftliche Personal verfügt über einen bundeswehrspezifischen Zugang zum Internet, der aus Sicherheitserwägungen eingeschränkt ist. Daher hatte der Wissenschaftsrat angeregt, einen abgesicherten, von dem Internetbereich der Bundeswehr abgegrenzten IT-Bereich zu schaffen, der den Zugang zu allen relevanten wissenschaftlichen Quellen und Datenbanken im Internet erlaubt, die für wissenschaftliches Arbeiten erforderlich sind. Die Empfehlung, die stark begrenzten Möglichkeiten des ZGeoBw zur Nutzung des Internets für wissenschaftliche Zwecke zu erweitern, wird bekräftigt.

Die Empfehlungen, die Effizienz der vom ZGeoBw gewählten fachspezifischen Software zu überprüfen und ihre Interoperabilität mit Systemen der NATO sicherzustellen sowie für den neuen Schwerpunkt *Big Data Analytics* eine angemessene Server- und Software-Ausstattung zu beschaffen, zu denen sich der Umsetzungsbericht nicht äußert, werden bekräftigt.

Wie sich die hier genannten eingeleiteten bzw. vorgesehenen Maßnahmen auf die wissenschaftliche Leistungsfähigkeit der Einrichtung insgesamt auswirken werden, sollte im Zuge einer erneuten Begutachtung des ZGeoBw überprüft werden.

BMVg	Bundesministerium der Verteidigung
EU	Europäische Union
NATO	North Atlantic Treaty Organization
WR	Wissenschaftsrat
ZGeoBw	Zentrum für Geoinformationswesen der Bundeswehr



---

# Mitwirkende

Im Folgenden werden die an den Beratungen im Wissenschaftsrat und die im Evaluationsausschuss beteiligten Personen sowie die beteiligten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Geschäftsstelle aufgelistet.

Die von Arbeitsgruppen und Ausschüssen erarbeiteten Entwürfe werden bei den einstufigen Verfahren in den Kommissionen des Wissenschaftsrats diskutiert und können ggf. auch verändert werden. Im Ergebnis ist damit der Wissenschaftsrat Autor der veröffentlichten Empfehlungen, Stellungnahmen und Positionspapiere.

**Vorsitzende**

Professorin Dr. Dorothea Wagner  
Karlsruher Institut für Technologie (KIT)

**Generalsekretär**

Thomas May  
Geschäftsstelle des Wissenschaftsrats

**Wissenschaftliche Kommission des Wissenschaftsrats**

Professorin Dr. Julia Arlinghaus  
IAF Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg / Fraunhofer-Institut  
für Fabrikbetrieb und -automatisierung IFF in Magdeburg

Dr. Ulrich A. K. Betz  
Merck KGaA

Professorin Dr. Anja Katrin Boßerhoff  
Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg  
Vorsitzende der Wissenschaftlichen Kommission

Professorin Dr. Nina Dethloff  
Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn  
Käte Hamburger Kolleg „Recht als Kultur“  
Stellvertretende Vorsitzende der Wissenschaftlichen Kommission

Dr. Cord Dohrmann  
Evotec SE

Professorin Dr. Beate Escher  
Universität Tübingen / Helmholtz-Zentrum für Umweltforschung – UFZ,  
Leipzig

Professor Dr. Christian Facchi  
Technische Hochschule Ingolstadt

Marco R. Fuchs  
OHB SE, Bremen

Professorin Dr. Uta Gaidys  
Hochschule für Angewandte Wissenschaften Hamburg

Alexandra Gerlach  
Journalistin

Professorin Dr. Rebekka Habermas  
Georg-August-Universität Göttingen

Professor Dr. Michael Hallek  
Universität zu Köln

Dr.-Ing. Frank Heinrich  
SCHOTT AG

Professor Dr. Jürgen Heinze  
Universität Regensburg

Petra Herz  
Joachim Herz Stiftung

Professorin Dr. Denise Hilfiker-Kleiner  
Philipps-Universität Marburg

Professorin Dr. Gudrun Krämer  
Freie Universität Berlin

Dr. Claudia Lücking-Michel  
AGIAMONDO e. V.

Professorin Dr. Sabine Maasen  
Universität Hamburg

Professor Dr. Gerard J. M. Meijer  
Fritz-Haber-Institut der Max-Planck-Gesellschaft, Berlin

Professorin Dr. Marina Münkler  
Technische Universität Dresden

Professor Dr.-Ing. Peter Post  
Festo AG & Co. KG / Hochschule Esslingen

Professor Dr. Jan-Michael Rost  
Max-Planck-Institut für Physik komplexer Systeme, Dresden

Professorin Dr. Gabriele Sadowski  
Technische Universität Dortmund

Professor Dr. Ferdi Schüth  
Max-Planck-Institut für Kohlenforschung, Mülheim/Ruhr

Professorin Dr. Heike Solga  
Freie Universität Berlin / Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung  
(WZB)

Professor Dr. Thomas S. Spengler  
Technische Universität Braunschweig

Professor Dr.-Ing. Martin Sternberg  
Hochschule Bochum / Promotionskolleg für angewandte Forschung  
der Fachhochschulen in Nordrhein-Westfalen

Professorin Dr. Margit Szöllösi-Janze  
Ludwig-Maximilians-Universität München

Professor Dr. Martin Visbeck  
GEOMAR Helmholtz-Zentrum für Ozeanforschung Kiel

Professorin Dr. Dorothea Wagner  
Karlsruher Institut für Technologie (KIT)  
Vorsitzende des Wissenschaftsrats

Professor Dr. Wolfgang Wick  
Universitätsklinikum Heidelberg / Deutsches Krebsforschungszentrum (DKFZ)

#### **Verwaltungskommission (Stand Oktober 2022)**

*Von der Bundesregierung entsandte Mitglieder*

Kornelia Haugg  
Staatssekretärin im Bundesministerium für Bildung und Forschung  
Vorsitzende der Verwaltungskommission

Judith Pirscher  
Staatssekretärin im Bundesministerium für Bildung und Forschung

Werner Gatzer  
Staatssekretär im Bundesministerium der Finanzen

N. N.  
Bundesministerium des Innern und für Heimat

Silvia Bender  
Staatssekretärin im Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft

Udo Philipp  
Staatssekretär im Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz

*Von den Länderregierungen entsandte Mitglieder*

*Baden-Württemberg*

Petra Olschowski  
Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kunst

*Bayern*

Markus Blume  
Staatsminister für Wissenschaft und Kunst  
Vorsitzender der Verwaltungskommission

*Berlin*

Ulrike Gote  
Senatorin für Wissenschaft, Gesundheit, Pflege und Gleichstellung

*Brandenburg*

Dr. Manja Schüle  
Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kultur

*Bremen*

Dr. Claudia Schilling  
Senatorin für Wissenschaft und Häfen

*Hamburg*

Dr. Andreas Dressel  
Präsident der Finanzbehörde

*Hessen*

Angela Dorn-Rancke  
Staatsministerin für Wissenschaft und Kunst

*Mecklenburg-Vorpommern*

Bettina Martin  
Ministerin für Wissenschaft, Kultur, Bundes- und Europaangelegenheiten

*Niedersachsen*

Björn Thümler  
Minister für Wissenschaft und Kultur

*Nordrhein-Westfalen*

Ina Brandes  
Ministerin für Kultur und Wissenschaft

*Rheinland-Pfalz*

Clemens Hoch  
Minister für Wissenschaft und Gesundheit

*Saarland*

Jakob von Weizsäcker  
Minister für Finanzen und Wissenschaft

*Sachsen*

Sebastian Gemkow

Staatsminister für Wissenschaft im Staatsministerium für Wissenschaft,  
Kultur und Tourismus

*Sachsen-Anhalt*

Professor Dr. Armin Willingmann

Minister für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt  
Stellvertretender Vorsitzender der Verwaltungskommission

*Schleswig-Holstein*

Karin Prien

Ministerin für Allgemeine und Berufliche Bildung, Wissenschaft,  
Forschung und Kultur

*Thüringen*

Wolfgang Tiefensee

Minister für Wirtschaft, Wissenschaft und Digitale Gesellschaft

Professorin Dr. Julia C. Arlinghaus  
IAF Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg / Fraunhofer-Institut  
für Fabrikbetrieb und -automatisierung IFF in Magdeburg  
Vorsitzende des Evaluationsausschusses  
Mitglied der Wissenschaftlichen Kommission des Wissenschaftsrats

Professor Dr. Oliver Speck  
Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg  
Stellvertretender Vorsitzender des Evaluationsausschusses

Professor Dr. Jan C. Aurich  
Technische Universität Kaiserslautern

Professorin Dr. Annette Beck-Sickingher  
Universität Leipzig

Professorin Dr. Anja Katrin Boßerhoff  
Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg  
Mitglied der Wissenschaftlichen Kommission des Wissenschaftsrats

Professorin Dr. Simone Fulda  
Christian-Albrechts-Universität zu Kiel

Professorin Dr. Petra Gehring  
Technische Universität Darmstadt

Dr. Babett Gläser  
Sächsisches Staatsministerium für Wissenschaft, Kultur und Tourismus

Professor Dr. Caspar Hirschi  
Universität St. Gallen, Schweiz

Professorin Dr. Gudrun Krämer  
Freie Universität Berlin  
Mitglied der Wissenschaftlichen Kommission des Wissenschaftsrats

Professorin Dr. Sabine Maasen  
Universität Hamburg  
Mitglied der Wissenschaftlichen Kommission des Wissenschaftsrats

Professorin Dr. Ursula Münch  
Akademie für Politische Bildung Tutzing

Ministerialrätin Esther Seng  
Bundesministerium für Bildung und Forschung

Ministerialrat Dr. Stefan Stupp  
Bundesministerium für Bildung und Forschung

Professor Dr. Martin Visbeck

GEOMAR Helmholtz-Zentrum für Ozeanforschung Kiel

Mitglied der Wissenschaftlichen Kommission des Wissenschaftsrats

Dr. Carola Zimmermann

Ministerium für Gesundheit und Wissenschaft Rheinland-Pfalz

Dr. Silvana Galassi (stellvertretende Abteilungsleiterin)

Dr. Andreas Stucke (Abteilungsleiter und Stellvertreter des Generalsekretärs)

Dr. Daisy Wessel (Referentin)